

## Sessionsbericht – Herbstsession 2024

9. September bis 27. September 2024

Von Christian Steiner, Fraktionssekretär

### One for the individual money two for the show

Der Nationalrat hat die Chance ergriffen und der Individualbesteuerung zugestimmt. Damit nimmt er nicht nur das Hauptanliegen der Volksinitiative der FDP auf, sondern sorgt auch dafür, dass Frauen nicht mehr Anhängsel ihrer Ehemänner sind. Jedem seine eigene Steuererklärung ist wichtiger und ändert etwas an der Lebensrealität der Frauen. Das ist das Gegenteil von linker Symbolpolitik.

Das Rennen war denkbar knapp. Die Konservativen aus Mitte und SVP beharrten auf der gemeinsamen Besteuerung von Ehepaaren, weil davon eher traditionelle Haushalte profitieren. Doch die FDP setzte sich durch und ging keine Kompromisse ein. Die NZZ schrieb dazu, die Freisinnigen hätten Standfestigkeit bewiesen. (Mehr dazu weiter unten).

Dieser Sieg ist wichtig. Denn die Idee der FDP schlägt zwei Fliegen mit einer Klappe. Neben der Steuergerechtigkeit lindert sie den Fachkräftemangel und senkt die Zuwanderung. Denn wenn die höhere Progression gleich das ganze Zusatzeinkommen des Zweitverdieners auffrisst, bleibt man lieber zu Hause. Der grosse Showdown findet im Ständerat statt. Aber bis dahin darf auch ein bisschen gefeiert werden! Was sich sonst noch bewegt hat, lesen Sie weiter unten.

## 1 Die Partei setzt Asylkurs entschlossen um

In der ausserordentlichen Asylsession hat die FDP ihren härteren Kurs in der Migrationspolitik deutlich gemacht und sich klar hinter die Linie von Parteipräsident Thierry Burkart gestellt. Die Fraktion unterstützte sämtliche Motionen, die auf eine Verschärfung des Asyl- und Ausländerrechts abzielten, insbesondere im Kampf gegen den Missbrauch des Asylsystems und zur Begrenzung der Sekundärmigration. Das Asyl soll aus Sicht der Partei nur denen gewährt werden, die tatsächlich an Leib und Leben bedroht sind, während gegen illegale Einreisen eine härtere Gangart nötig sei.

Obwohl in einigen Abstimmungen knapp keine Mehrheiten erreicht wurden, konnten zwei wichtige Motionen durchgesetzt werden. Eine davon zielt darauf ab, den Datenaustausch zwischen Behörden zu erleichtern, um illegal eingereiste Migranten schneller ausfindig zu machen und auszuschaffen. Auch der Familiennachzug für vorläufig Aufgenommene soll künftig stark eingeschränkt werden, was als entscheidende Massnahme zur Verhinderung von Missbrauch gesehen wird. Zusätzlich brachte die Fraktion eigene Vorstösse ein (siehe weiter unten), darunter die Forderung nach verstärkten Personenkontrollen an Grenzübergängen, um illegale Migranten frühzeitig aufzuhalten. Nationalrätin Jacqueline de Quattro betonte in diesem Zusammenhang die Notwendigkeit, medizinische Leistungen für illegal eingereiste Migranten auf Nothilfe zu beschränken, um Missbrauch im Gesundheitssystem zu verhindern ([24.3951](#) Mo. de Quattro. Endiguer le tourisme médical des migrants illégaux).

Mit diesem neuen Kurs unterstreicht die Fraktion ihre Entschlossenheit, Missbrauch im Asylsystem zu bekämpfen, ohne den Schutz von wirklich Schutzbedürftigen zu gefährden. Das geschlossene Auftreten der Fraktion signalisierte, dass der neue Kurs nicht nur Worte bleiben soll.

## 2 Individualbesteuerung: Freude herrscht

Die Steuerpflicht sollte nicht davon abhängig sein, ob man verheiratet ist oder nicht – und Arbeit muss sich lohnen, egal welche Lebensform jemand wählt. Deshalb herrscht bei der FDP Freude, dass der Nationalrat den indirekten Gegenvorschlag des Bundesrates zur FDP-Initiative «für faire Steuern» angenommen hat.

Der einzige Wermutstropfen: Eine erschreckend grosse Minderheit – bestehend aus SVP und Mitte – stimmte gegen die liberale Gleichberechtigung. Offenbar sind beide Parteien der Ansicht, dass die Wahl des persönlich passenden Familienmodells vom Staat über die Steuern beeinflusst werden soll. Eine Position, die zunehmend aus der Zeit gefallen scheint. Die Gewinnerin des Tages, Nationalrätin und Präsidentin der FDP-Frauen Susanne Vincenz-Stauffacher fand treffende Worte im Rat: «Das aktuelle Steuersystem wurde in einer Zeit eingeführt, als die Rollen in der Familie klar verteilt waren: Der Mann als Alleinverdiener bringt das Familieneinkommen nach Hause, die Frau ist zuständig für Kinder und Haushalt. Soweit, so gut – und wer dieses Modell auch heute noch, wo Frauen mindestens so gut ausgebildet sind wie Männer, leben möchte, dem sei das selbstverständlich unbenommen. Aber wer das nicht will, wer Erwerb und Familienarbeit aufteilen will, der soll dafür steuerlich nicht mehr bestraft werden. Genau dies ermöglicht die Individualbesteuerung.»

Nun geht die Vorlage in die Kommission für Wirtschaft und Abgaben des Ständerates (WAK-S) und schliesslich in den Ständerat. Die Mehrheitsverhältnisse sind knapp.

## 3 Für eine verteidigungsfähige Armee

Der Nationalrat hat einer substanziellen Erhöhung des Armeebudgets auf 29,8 Milliarden Franken für die Jahre 2025 bis 2028 zugestimmt. Dies ist ein wichtiger Schritt für die Sicherheit unseres Landes.

„Wir können nicht davon ausgehen, dass uns nie etwas passiert“, sagte Nationalrätin Jacqueline de Quattro und machte deutlich, dass die Schweiz eine fähige Armee braucht. Das Ziel ist klar: Bis 2030 soll 1% des BIP für die Verteidigung ausgegeben werden. Diese Beschleunigung zeigt die Dringlichkeit der Situation und die Notwendigkeit, jetzt zu handeln, um unsere zukünftige Sicherheit zu gewährleisten. Der Kompromiss kam auf Initiative von Nationalrat Heinz Theiler zustande, der mit seinem Minderheitsantrag inklusive Gegenfinanzierung die Mitte und die SVP überzeugen konnte, die Armee endlich mit den nötigen Mitteln auszustatten. Dieser Entscheid zeigt einmal mehr die Führungsrolle der FDP in zentralen Fragen der nationalen Sicherheit. Wir werden uns weiterhin für eine starke, sichere und zukunftsfähige Schweiz einsetzen.

#### **4 Bundesfinanzen: Beim Rotstift nicht sparen**

Auch die Herbstsession wurde wieder von Diskussionen rund um die angespannte Situation des Bundeshaushaltes begleitet. Unter anderem hat der Bundesrat die Eckwerte seines Sparprogramms vorgestellt: Ausgabenkürzungen in Milliardenhöhe. Ein mutiger Schritt in die richtige Richtung.

Hintergrund der Finanzdiskussionen sind die düsteren finanziellen Aussichten des Bundes. Es droht ein strukturelles Defizit in Milliardenhöhe, das stark ansteigen wird. Dies ist beunruhigend, da das Erfolgsmodell Schweiz auf gesunden Finanzen und der zwingenden Einhaltung der Schuldenbremse basiert. Die Schuldenbremse sorgt für eine nachhaltige Finanzpolitik und damit für Stabilität.

Für die FDP ist klar: Die Schweiz hat kein Einnahme-, sondern ein Ausgabenproblem. Es muss nun dringend weniger Geld ausgegeben, nicht mehr Geld aus dem Portemonnaie der mittelständischen Steuerzahler gezogen werden. Die FDP setzt sich konsequent für gesunde Bundesfinanzen ein. Zum Beispiel hat die FDP-Fraktion während der Herbstsession das Postulat 24.3927 «Subventionsvergabepraxis optimieren» eingereicht.

#### **5 Schweiz kündigt Europäische Menschenrechtskonvention nicht**

In der ausserordentlichen Session zur Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) konnte die FDP erfolgreich eine Kündigung der Konvention verhindern und gleichzeitig die Motion von Andrea Caroni (FDP/AR) durchsetzen. Diese fordert, dass die Schweiz sich auf europäischer Ebene dafür einsetzt, dass der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) sich stärker auf seine Kernaufgaben konzentriert, um den Handlungsspielraum der Staaten zu schützen. Damit stärken die Liberalen den Menschenrechtsschutz, ohne die Souveränität der Schweiz zu gefährden.

#### **6 Investitionsprüfgesetz: Ein Wirtschaftskiller auf leisten Pfoten**

KMU in Finanznot, Arbeitsplätze in Gefahr, Bürger in der Steuerfalle: Dies wären die Folgen des geplanten Investitionsprüfgesetzes. Eine Allianz der Anspruchsvollen, die von der staatshörigen Linken bis zur isolationistischen SVP reicht, hat ja zu einem neuen Bürokratiemonster gesagt: dem Investitionsprüfgesetz.

Hintergrund der Vorlage ist eine Motion von Ständerat Rieder (Die Mitte), welche Kontrollen bei ausländischen Investitionen in Schweizer Unternehmen fordert. Die vorberatende Kommission (WAK-N) erweiterte den Geltungsbereich der Vorlage massiv: Neu sollen nicht nur «ausländische staatliche Investoren» kontrolliert werden, sondern generell «ausländische Investoren». Auch sind nun bereits

KMUs mit 50 Mitarbeitenden von den Investitionskontrollen betroffen. Der Nationalrat nickte all diese Verschärfungen klaglos ab.

Als nächstes kommt die Vorlage in die Kommission für Wirtschaft und Abgaben des Ständerates (WAK-S) und den Ständerat. Die FDP wird sich dann erneut gegen den Wirtschaftskiller auf leisen Pfoten einsetzen.

## **7 Wohnungsbau wird erleichtert**

Mit der Lockerung der Lärmschutzbestimmungen hat das Parlament eine der grössten Blockaden im Wohnungsbau gelöst. Grössere Neubauprojekte, vor allem in den Städten, scheiterten in letzter Zeit an zu rigiden Lärmschutzmassnahmen. Demnach muss in neuen Wohnungen mindestens die Hälfte der lärmempfindlichen Räume Fenster haben, an denen die Lärmgrenzwerte bei Messungen eingehalten werden. Lärmempfindliche Bereiche sind Räume, in denen sich Personen regelmäßig und über einen längeren Zeitraum aufhalten. Wird eine kontrollierte Lüftung eingebaut, genügt es, wenn in einem lärmempfindlichen Raum pro Wohnung die Grenzwerte, gemessen bei offenem Fenster, eingehalten werden oder wenn eine Kühlung vorhanden ist. Die Baubewilligung kann auch erteilt werden, wenn gleichzeitig ein ruhiges Fenster und ein ruhiger, privat nutzbarer Aussenraum zur Verfügung stehen.

## **8 Abschaffung des Eigenmietwertes: Karussell dreht weiter**

Die Abschaffung des Eigenmietwertes ist überfällig. Die FDP setzt sich seit Jahren für dieses Anliegen ein. Mit der Besteuerung des Eigenmietwerts wird ein fiktives Einkommen besteuert – das heisst im Grunde genommen eine Steuer auf heisse Luft.

Die Politik diskutiert die genauen Rahmenbedingungen der Abschaffung des Eigenmietwertes seit Jahren. Das Thema kreist zwischen National- und Ständerat. Während der Herbstsession hat sich der Nationalrat erneut deutlich für den Systemwechsel beim Eigenmietwert ausgesprochen. Nun ist der Ständerat wieder am Zug.

## **9 Bildung und Forschung: Die FDP setzt sich erfolgreich für einen pragmatischen und visionären Ansatz ein.**

In einem schwierigen finanziellen Umfeld und nach zahlreichen Meinungsverschiedenheiten zwischen den beiden Räten hat das Parlament die Botschaft über die Förderung von Bildung, Forschung und Innovation (BFI) in den Jahren 2025 bis 2028 verabschiedet. Der Zahlungsrahmen wurde auf 29,2 Milliarden Franken festgelegt, was einer Erhöhung um 1,3 Milliarden Franken gegenüber der Vorperiode entspricht. Dieses moderate Wachstum von 1,6 Prozent pro Jahr zeugt von der Entschlossenheit der Schweiz, in diesen Schlüsselbereichen weiterhin Spitzenleistungen zu erbringen, und trägt gleichzeitig den aktuellen Haushaltszwängen Rechnung. Eine wichtige Entscheidung, die von unserer Nationalrätin Bettina Balmer unterstützt wurde, war die Verdreifachung der Studiengebühren für ausländische Studierende an den ETH. Diese Massnahme wird die Einnahmen erhöhen und gleichzeitig die internationale Attraktivität unserer Institutionen erhalten.

## 10 Mehr Flexibilität dank Teilbezug von Vorsorgegeldern (3a und FZG)

Alles oder nichts – das ist heute die Devise beim Bezug der Gelder aus der 3. Säule. Wer also über das ganze Leben 60'000 Franken angespart hat, muss das Geld von heute auf morgen gänzlich beziehen. Die fehlende Flexibilität ergibt keinen Sinn. Alle Menschen sollen die Freiheit haben, selbst zu entscheiden, wann sie wie viel von ihrem Ersparten beziehen wollen. Das ist nicht nur bei der Pensionierung wichtig, sondern beispielsweise auch beim Gang in die Selbständigkeit. Erfreulicherweise ist der Nationalrat einem Anliegen von FDP-Vizepräsident Andri Silberschmidt gefolgt und möchte dies ändern. Wenn der Ständerat zustimmt, profitieren künftig über 3 Millionen Erwerbstätige in der Schweiz, die Gelder in ihre private Vorsorge (3. Säule) einzahlen von mehr Flexibilität. Wer die Thematik vertiefen möchte, kann [hier das Votum](#) von NR Silberschmidt nachhören.

## 11 Arbeit muss sich lohnen! Mitte-Links sieht's anders

In der ersten Sessionswoche wählte NR Philippe Nantermod (FDP/VS) deutliche Worte, als er im Plenum eine [Motion](#) vertrat: «Wenn Sie weniger arbeiten wollen, um weniger zu verdienen, steht Ihnen das frei, aber schicken Sie Ihre Rechnung am Ende des Monats nicht an die Steuerzahler, die früh aufstehen.»

Worum ging es? NR Nantermod verlangte, dass Einzelpersonen, die mindestens 80%, und Paare, die mindestens 150% arbeiten, mehr Prämienverbilligung erhalten, als Personen, die sich freiwillig für tiefere Pensen entscheiden. Familien mit schulpflichtigen Kindern und Härtefälle wären nicht betroffen gewesen.

Damit wollte der FDP-Nationalrat jene entlasten, die jeden Morgen den Wecker stellen, aufstehen, und arbeiten gehen. Es kann nicht sein, dass diese die anderen finanzieren, welche zwei oder drei Mal wöchentlich ausschlafen, um ihrer «Work-Life Balance» Rechnung zu tragen. Die FDP steht zum Sozialstaat. Wir müssen den Bedürftigen in diesem Land unter die Arme greifen. Unser Sozialstaat ist aber ein Auffangnetz und nicht eine Hängematte. Die Mitte-Links Mehrheit beurteilt dies offenbar anders und hat den Vorstoss abgelehnt.

## 12 Das Parlament zeichnet den Weg für eine verantwortungsvolle und dynamische Kulturpolitik vor.

Im Sinne einer Kulturförderung mit Augenmass hat das Parlament kürzlich das Budget von Pro Helvetia bei 187 Millionen Franken bestätigt und einen Kürzungsantrag abgelehnt. Diesem Entscheid ging die Zusage der Stiftung voraus, ihr Büro in Moskau bis Ende Jahr zu schliessen und damit auf Bedenken bezüglich ihrer Aktivitäten in Russland zu reagieren. Das gesamte Kulturbudget für die Jahre 2025-2028 beläuft sich auf 987,9 Millionen Franken und spiegelt ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Kulturförderung und umsichtiger Verwaltung der öffentlichen Finanzen wider. Das Paket enthält bedeutende Mittelzuweisungen für den Film und das Schweizerische Landesmuseum sowie Investitionen in die Erhaltung des kulturellen Erbes und die sprachliche Vielfalt.

## 13 Ein Schritt nach vorne für die Schweizer Bildung.

Der Nationalrat hat der Umwandlung von Movetia in eine öffentlich-rechtliche Bundesanstalt zugestimmt, eine Reform. Dieser Entscheid ist ein Fortschritt bei der Modernisierung unserer Bildungsinstitutionen und stärkt die Position der Schweiz in der internationalen Bildungsszene. Mit einer stärkeren und besser strukturierten Movetia werden wir besser in der Lage sein, wichtige

Abkommen wie Erasmus+ auszuhandeln und umzusetzen. Diese Reform ist Teil einer umfassenderen Vision zur Modernisierung unserer Institutionen und ein wichtiger Schritt hin zu einer wettbewerbsfähigeren und innovativeren Schweiz im Bildungsbereich. Mit dieser Reform stellt die FDP einmal mehr ihr Engagement für eine zukunftsgerichtete Schweiz unter Beweis.

## 14 Bundesversammlung (VBV)

### **Bundesverwaltungsgericht. Gesamterneuerung 2025 – 2030**

Die Bundesversammlung wählt alle wiederantretenden Richterinnen und Richter ans Bundesverwaltungsgericht.

### **PAG. Bundesgericht. Wahl eines nebenamtlichen Richters oder einer nebenamtlichen Richterin**

Nach dem Rücktritt von Rolf Benz wurde entsprechend dem Bedarf des Gerichts eine Stelle für einen nebenamtlichen Richter oder eine nebenamtliche Richterin mit Hauptsprache Italienisch am Bundesgericht ausgeschrieben. Die Bundesversammlung wählt für diese Stelle Fabrizio Monaci (Die Mitte, i), Anwalt und Ersatzrichter am Appellationsgericht des Kantons Tessin.

### **Bundesstrafgericht. Wahl einer nebenamtlichen Richterin oder eines nebenamtlichen Richters**

Die Bundesversammlung wählt zur Besetzung der neu geschaffenen Stelle für eine italienischsprachige Person, Pierluigi Pasi (SVP, i). Pierluigi Pasi ist ebenfalls Anwalt und verfügt über langjährige Erfahrung als Staatsanwalt des Bundes.

### **Bundesgericht. Wahl eines ordentlichen Richters / einer ordentlichen Richterin**

Als Nachfolgerin des ordentlichen Richters Martin Wirthlin, der per 31. Dezember 2024 in den Ruhestand tritt, wählt die Bundesversammlung Susanne Bollinger (SVP, d). Sie verfügt über das Anwaltspatent und ist promovierte Juristin. Susanne Bollinger ist Oberrichterin und Vizepräsidentin des Kantonsgerichts Schaffhausen. Sie kennt die Arbeitsweise des Bundesgerichts besonders gut, da sie dort von 2002 bis 2016 als Gerichtsschreiberin der Zweiten sozialrechtlichen Abteilung tätig war.

### **Bundesverwaltungsgericht. Wahl neuer Mitglieder**

Um den dringenden Personalbedarf, namentlich in den asylrechtlichen Abteilungen, zu decken, hat das Parlament einer vorübergehenden Erhöhung der Richterstellen am Bundesverwaltungsgericht (BVGer) von 65 auf 70 zugestimmt. Die Bundesversammlung wählt für die fünf zu besetzenden Stellen folgende Personen:

- Kaspar Gerber (SVP, d)
- Mathias Lanz (SVP, d)
- Lukas Müller (SVP, d)
- Christa Preisig (SP, d)
- Vincent Rittener (SP, f)

Alle empfohlenen Personen verfügen über eine fundierte juristische Ausbildung (Anwaltspatent oder Doktorat in Rechtswissenschaft) und mehrjährige Erfahrung an einem Gericht auf Bundesebene, namentlich als Gerichtsschreiber oder Gerichtsschreiberin

## 15 Vorstösse der FDP-Liberale Fraktion

### **24.3927 Po. Fraktion RL (Sprecher: NR Farinelli). Subventionsvergabepaxis optimieren**

**Text:**

Der Bundesrat wird beauftragt, einen eigenständigen Bericht zur Subventionsvergabepaxis und deren Optimierung zu erstellen. Dabei werden mehrere Varianten zur Optimierung der Subventionsvergabe aufgezeigt und die jeweiligen Vor- und Nachteile dargelegt.

**Begründung:**

Subventionen stehen häufig in einem suboptimalen Kosten-Nutzen-Verhältnis, da sie in der Regel mit Fehlanreizen und Marktverzerrungen einhergehen. Zudem hat die Vergangenheit zwei problematische Entwicklungen gezeigt: Der Bund zahlt immer mehr Subventionen und einmal eingeführte Subventionen sind beständig – oder werden gar ausgebaut.

Diese Aspekte bergen insb. vor dem Hintergrund der angespannten Bundesfinanzen Grund zur Sorge. Zwar wurden mit dem Bericht der Expertengruppe Gaillard die bestehenden Subventionen überprüft und ein beachtliches Kürzungspotential aufgezeigt. Aber eine substanzielle Subventionskürzung ist aufgrund der oben genannten Umstände nicht zu erwarten.

Dementsprechend gilt es, die Subventionsvergabepaxis grundlegend zu überdenken und optimieren. Es bestehen nämlich keine konkrete und griffige Vergaberegeln. Das Subventionsgesetz (SuG) umschreibt nur sehr allgemeine Voraussetzungen für die Subventionsgewährung. Folgende Lösungsansätze sind denkbar. Erstens könnte die Ausgestaltung einer systematischen Gesetzesfolgenabschätzung (GFA) – u.a. mit Blick auf allfällige Marktverzerrungen – in der Botschaft des Bundesrates für neue Subventionen spezifiziert werden (siehe Art. 141 ParlG). Zweitens könnte ein wettbewerbliches Verfahren im Zuge der Subventionsvergabe geprüft werden. Drittens könnte das Prinzip «one in, one out» in Betracht gezogen werden, sprich dass nur eine neue Subvention eingeführt wird, wenn eine bestehende Subvention abgeschafft wird.

### **24.3946 Po. Fraktion RL (Sprecher: NR Wasserfallen). Kosten und Nutzen der Abkommen von Schengen und Dublin aufzeigen**

**Text:**

Der Bundesrat wird beauftragt, den 2013 publizierten [2. Kurzbericht](#) zu Kosten und Nutzen von Schengen/Dublin mit den neusten Zahlen zu aktualisieren, diesen mit dem nicht-monetären Nutzen im Polizeibereich, insbesondere beim Schutz der Aussengrenzen vor terroristischen Bedrohungen, zu ergänzen.

**Begründung:**

Seit der Aktualisierung des Berichts hat sich die Migrationsdynamik verändert. Der Bundesrat soll deshalb die Kosten und Nutzen von Schengen-Dublin mit den neusten Zahlen und Informationen aktualisieren. Wie der Bericht von 2013 soll auch der neue Bericht eine Analyse enthalten, welche die monetären Kosten und Einsparungen klar aufzeigt und ins Verhältnis setzt. Die Verwendung kontinuierlicher Statistiken ist anzustreben, damit Aussagen über die Entwicklungen erfolgen und Vergleiche ermöglicht werden können.

Neben der notwendigen Aktualisierung der im letzten Bericht behandelten Themen ist eine Ergänzung des Berichts in Bezug auf die nicht-monetären Vorteile von Schengen-Dublin erforderlich. So können beispielsweise unsere Sicherheitskräfte mit den anderen Staaten zusammenarbeiten und haben Zugang zu sicherheitsrelevanten Personen. Es soll aufgezeigt werden, wie der Schutz der Aussengrenzen besser funktioniert und wie terroristische Gefahren erkannt werden können.

**24.3947 Mo. Fraktion RL (Sprecher: NR Schilliger). Verstärkte Grenzkontrollen aufrechterhalten**

**Text:**

Der Bundesrat wird beauftragt, die im Zuge der UEFA-Europameisterschaft 2024 und der Olympischen Spiele in Paris eingeführten temporären Grenzkontrollen zu verlängern. Darüber hinaus soll er die Grenzkontrollen an die verschärften Massnahmen von Nachbarländern wie z.B. Deutschlands anpassen, insbesondere zur Bekämpfung illegaler Migration und grenzüberschreitender Kriminalität in der Schweiz. Bis Ende 2025 soll der Bundesrat dem Parlament zudem einen Bericht über die Wirksamkeit dieser Massnahmen vorlegen und dabei eine mögliche dauerhafte Einführung prüfen.

**Begründung:**

Die jüngsten sicherheitspolitischen Herausforderungen im Zusammenhang mit grenzüberschreitender Kriminalität und illegaler Migration legen es nahe, die Grenzkontrollen zu verstärken. Die Schweiz muss sich an den Massnahmen der Bundesrepublik Deutschland orientieren, um dieser Entwicklung Einhalt zu gebieten. Diese umfassen insbesondere die Einführung umfassenderer Personenkontrollen an allen deutschen Grenzen, die verstärkte Überwachung grenznaher Gebiete sowie die Möglichkeit, Asylsuchende an der Grenze zurückzuweisen, wenn sie bereits in einem anderen EU-Staat registriert wurden. Gleichzeitig ist es wichtig, dass Grenzkantone, die auf einen reibungslosen Grenzverkehr angewiesen sind, nicht unnötig beeinträchtigt werden, um den Pendelverkehr und den wirtschaftlichen Austausch aufrecht zu erhalten. Eine umfassende Berichterstattung und Evaluierung nach den genannten Veranstaltungen sollen als Grundlage dienen, um die Effektivität der Massnahmen zu bewerten und mögliche dauerhafte Anpassungen vorzunehmen.

**24.3949 Mo. Fraktion RL (Sprecher: NR Schilliger). Verhinderung von Sekundärmigration**

**Text:**

Der Bundesrat wird aufgefordert, die notwendigen gesetzlichen Anpassungen vorzunehmen, damit Migrantinnen und Migranten, die in der Schweiz ein Asylverfahren durchlaufen, nicht bessergestellt sind als jene, die an der Schengen/Dublin-Aussengrenze ein Verfahren durchlaufen. Dies betrifft insbesondere die Unterbringung, den Zugang zur medizinischen Versorgung, das Grenzverfahren und die Sozialleistungen.

**Begründung:**

Die Weichen in der Asylpolitik sind seit Jahren falsch gestellt. Das System ist am Anschlag. Das haben auch die EU-Mitgliedstaaten erkannt. Deshalb haben sie kürzlich den Asylpakt beschlossen. Die neuen europäischen Asylregeln haben auch Auswirkungen auf die Schweiz, die sich über die Verträge von Schengen und Dublin ebenfalls daranhalten muss. Der Asylpakt sieht erstmals Verfahren an den Schengen-Aussengrenzen vor. Migrantinnen und Migranten mit geringen Chancen auf Aufnahme sollen so an der Weiterreise gehindert und direkt aus den Grenzlagern ausgeschafft werden. Aus Sicht der Schweiz gilt es, illegale Migration zu verhindern und keine Sogwirkung zuzulassen. Es ist deshalb unabdingbar, das schweizerische Recht so anzupassen, dass Asylsuchende, die in der Schweiz ein Gesuch stellen, nicht bessergestellt werden als solche, die über die Aussengrenzen einreisen. Dies gilt nicht nur für das Verfahren; auch bei der Unterbringung, der medizinischen Versorgung und den Sozialleistungen dürfen Migrantinnen und Migranten, die in der Schweiz ein Gesuch stellen, nicht bessergestellt werden. Nur so kann verhindert werden, dass die Schweiz weiterhin Ziel illegaler Einwanderer bleibt. Wer Schutz braucht, wird ihn auch weiterhin erhalten.



## 16 Schlussabstimmungen

Mit den Schlussabstimmungen haben die eidgenössischen Räte am Freitag die Herbstsession abgeschlossen. 17 Vorlagen sind parlamentarisch unter Dach und Fach:

- mit 131 zu 61 Stimmen bei 3 Enthaltungen (Nationalrat) und 31 zu 10 Stimmen ohne Enthaltungen (Ständerat) Änderungen im Umweltschutzgesetz, mit denen das Erstellen von Wohnhäusern in stark von Lärm belasteten Gebieten und die Sanierung von belasteten Standorten geregelt werden;
- mit 124 zu 67 Stimmen bei 4 Enthaltungen (Nationalrat) und 29 zu 13 Stimmen ohne Enthaltungen (Ständerat) Änderungen im Natur- und Heimatschutzgesetz, mit denen das Verbandsbeschwerderecht bei kleineren Wohnbauten im Baugebiet eingeschränkt wird;
- mit 133 zu 61 Stimmen bei einer Enthaltung (Nationalrat) und 31 zu 11 Stimmen ohne Enthaltungen (Ständerat) der Bundesbeschluss, mit dem das Parlament die Umweltverantwortungsinitiative der Jungen Grünen Volk und Ständen zur Ablehnung empfiehlt;
- mit 127 zu 68 Stimmen ohne Enthaltungen (Nationalrat) und 38 zu 4 Stimmen ohne Enthaltungen (Ständerat) Änderungen im Gesetz über die Schweizerischen Bundesbahnen, die einen Kapitalzuschuss an die SBB ermöglichen und Darlehen des Bundes an die SBB regeln;
- mit 113 zu 79 Stimmen bei 3 Enthaltungen (Nationalrat) und 29 zu 12 Stimmen bei einer Enthaltung (Ständerat) die Verlängerung des Kita-Impulsprogramms des Bundes bis Ende 2026;
- mit 133 zu 62 Stimmen ohne Enthaltungen (Nationalrat) und 42 zu 0 Stimmen ohne Enthaltungen (Ständerat) das Gesetz zur Haushaltsentlastung, mit dem die Arbeitslosenversicherung während fünf Jahren weniger Geld vom Bund erhält;
- mit 174 zu 13 Stimmen bei 7 Enthaltungen (Nationalrat) und 42 zu 0 Stimmen ohne Enthaltungen (Ständerat) eine Änderung im Waldgesetz, wonach Waldbesitzer und Abnehmer von Rohholz künftig Richtpreise vereinbaren können;
- mit 195 zu 0 Stimmen ohne Enthaltungen (Nationalrat) und 42 zu 0 Stimmen ohne Enthaltungen (Ständerat) Änderungen im Gesetz über die Aufarbeitung der fürsorgerischen Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen vor 1981, damit Solidaritätsbeiträge von Kantonen und Gemeinden an Opfer nicht zu einer Kürzung von allfälligen Überbrückungs- oder Ergänzungsleistungen führen;
- mit 195 zu 0 Stimmen ohne Enthaltungen (Nationalrat) und 41 zu 0 Stimmen ohne Enthaltungen (Ständerat) eine Änderung im Sprachengesetz, damit der Bund Italienisch und Rätoromanisch ausserhalb der angestammten Gebiete fördern kann;
- mit 105 zu 65 Stimmen bei 25 Enthaltungen (Nationalrat) und 41 zu 1 Stimme ohne Enthaltungen (Ständerat) Anpassungen im Forschungsförderungsgesetz, die die Planung von Infrastruktur für das Kernforschungszentrum Cern vereinfachen;

- mit 195 zu 0 Stimmen ohne Enthaltungen (Nationalrat) und 42 zu 0 Stimmen ohne Enthaltungen (Ständerat) das Gesetz über den Abschluss internationaler Verträge über die Anerkennung von Berufsqualifikationen;

- mit 195 zu 0 Stimmen ohne Enthaltungen (Nationalrat) und 42 zu 0 Stimmen ohne Enthaltungen (Ständerat) das Abkommen zwischen der Schweiz und dem Vereinigten Königreich über die Anerkennung von Berufsqualifikationen. Der Bundesrat wird ermächtigt, das Abkommen zu ratifizieren;

- mit 191 zu 0 Stimmen bei einer Enthaltung (Nationalrat) und 42 zu 0 Stimmen ohne Enthaltungen (Ständerat) das Freihandelsabkommen der Efta-Staaten mit der Republik Moldau. Der Bundesrat wird ermächtigt, das Abkommen zu ratifizieren;

- mit 129 zu 66 Stimmen ohne Enthaltungen (Nationalrat) und 42 zu 0 Stimmen ohne Enthaltungen (Ständerat) Änderungen im Berufsbildungsgesetz. Sie betreffen die Bewilligung der Pauschalbeiträge an die Kantone sowie der Beiträge an höhere Berufsprüfungen;

- mit 133 zu 62 Stimmen ohne Enthaltungen (Nationalrat) und 41 zu 1 Stimme ohne Enthaltungen (Ständerat) die Erhöhung der Studiengebühren an den ETH in Lausanne und Zürich für ausländische Studierende mit Wohnsitz im Ausland. Diese müssen neu mindestens das Dreifache der Gebühren für Studierende im Inland betragen;

- mit 130 zu 65 Stimmen ohne Enthaltungen (Nationalrat) und 36 zu 5 Stimmen bei einer Enthaltung (Ständerat) Änderungen im Hochschulförderungs- und -koordinationsgesetz, die die Zusammensetzung des Schweizerischen Akkreditierungsrates betreffen;

- mit 129 zu 65 Stimmen ohne Enthaltungen (Nationalrat) und 37 zu 4 Stimmen bei einer Enthaltung (Ständerat) Änderungen im Forschungs- und Innovationsförderungsgesetz, mit denen die Reserven der Akademien der Wissenschaften Schweiz geregelt werden.

Ausser der Abstimmungsempfehlung des Parlaments zur Umweltverantwortungsinitiative unterstehen alle Entscheide dem fakultativen Referendum. Ein Referendum steht zu keiner Vorlage im Raum.